

19.11.2009

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 19.11.2009
zu Ltg.-343/B-42/1-2009
— Ausschuss

RESOLUTION

der Abgeordneten Edlinger, Mag. Leichtfried, Dr. Krismer-Huber und Sulzberger

zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Energiebericht 2008, LT-343/B-42

betreffend „**NÖ Position zur Anti-Atom Politik**“

1)

Zurzeit läuft das grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verfahren für den Ausbau des slowakischen Atomkraftwerks Mochovce Block 3 und 4. Zu diesem Vorhaben konnten alle niederösterreichischen Bürgerinnen und Bürger bis zum 6. Oktober 2009 schriftliche Stellungnahmen an die NÖ Landesregierung senden, die an die slowakische Behörde weitergeleitet wurden.

Das slowakische Atomkraftwerk Mochovce ist ca. 110 km von der niederösterreichischen Grenze entfernt und soll bis 2013 ausgebaut werden. Der Bau wurde 1981 begonnen, und von den ursprünglich vorgesehenen vier Reaktoren gingen nach verschiedenen Bauverzögerungen nur die ersten beiden Blöcke 1998 und 1999 in Betrieb. 1992 wurde der Weiterbau aus finanziellen Gründen eingestellt. Zu diesem Zeitpunkt, also vor mehr als 20 Jahren, waren die Gebäude für die Blöcke 3 und 4 bereits zu 70% fertiggestellt und auch etwa 30% der Ausstattung angeliefert und zum Teil bereits eingebaut oder gelagert worden. Aufgrund dieser Tatsache kommt eine im Auftrag der Wiener Umweltschutzbehörde erstellte aktuelle Studie des Österreichischen Ökologieinstituts zum Schluss, dass eine vollständige Anpassung der Grundkonstruktion an den heutigen Stand von Wissenschaft und Technik nicht möglich sei. Die beiden Blöcke sollen nun auf Basis der mehrfach verlängerten Baubewilligung aus dem Jahr 1986 fertiggestellt werden, wodurch die Leistung des Atomkraftwerks verdoppelt wird und sich damit das Gefährdungspotential für das Land Niederösterreich wesentlich erhöht.

Im Rahmen des UVP-Verfahrens hat das Bundesland Niederösterreich folgende Stellungnahme zur Umweltverträglichkeitserklärung abgegeben:

Schwere Unfälle:

Da im Falle eines schweren Unfalls der Anlage grenzüberschreitende Auswirkungen zu befürchten sind, die besonders auch Niederösterreich betreffen würden, kommt der Behandlung eines solchen Szenarios große Bedeutung zu. In der UVE wird zu schweren, auslegungsüberschreitenden Unfällen lediglich ausgesagt, dass in der aktuellen Sicherheitsphilosophie solche Unfälle, bei denen die Freisetzung radioaktiver Materialien akzeptable Auslegungsgrenzwerte überschreitet, in der Planung nur in einem beschränkten Maß berücksichtigt werden. Entsprechend diesem Zugang würden Maßnahmen zum Unfallmanagement vorgesehen, welche die Wahrscheinlichkeit schwerer Unfälle oder die Folgen dieser Vorfälle vermindern sollten. Einige repräsentative Sequenzen wären ausgewählt und in diesem Zusammenhang im Projekt analysiert worden. Nähere Angaben über diese Analysen und ihre Ergebnisse werden nicht gemacht, und es wird offensichtlich angenommen – wie dies auch im öffentlichen Hearing in Wien vom Betreiber festgestellt wurde –, dass es auch im Falle eines schweren Unfalls zu keinen grenzüberschreitenden Auswirkungen kommen kann. Nachdem aus der UVE keine nachvollziehbare und plausible Begründung für diese Aussage ersichtlich ist, wäre eine solche erforderlich.

Schutzhülle und Druckabbausystem:

Die Reaktoren des Typs WWER 440/V213 verfügen über kein Volldruck-Containment, wie es Stand der Technik bei modernen Reaktoren ist und das zum Schutz vor inneren und äußeren Einwirkungen dient. Das so genannte Confinement hat wesentlich geringere Schutzwirkung und wurde z.B. nur für den Absturz kleiner Flugzeuge ausgelegt, was nicht mehr dem internationalen Standard entspricht. Das System besteht aus dem eigentlichen Confinement und einem Druckabbausystem, dem sogenannten Bubbler Condenser. In der UVE wird auf verschiedene Forschungsprojekte verwiesen, durch welche die Effizienz des Systems bestätigt wurde. Es wird behauptet, dass dieses System sogar gewisse Vorteile gegenüber einem Volldruck-Containment hätte und dass durch verschiedene Sicherheitssysteme

und Designmaßnahmen Unfallszenarien praktisch eliminiert werden, die die strukturelle Containmentintegrität ernsthaft gefährden könnten. Diese Maßnahmen werden allerdings nicht näher beschrieben, sondern nur kurz skizziert, sind daher nicht nachvollziehbar und sind aus Sicht des Bundeslandes Niederösterreich daher völlig unzureichend.

Alterung von Bauteilen:

Der bauliche Teil der Blöcke 3 und 4 ist zu 70% fertig gestellt, die Lieferung der maschinenbaulichen Teile ist zu 30% abgeschlossen. Das bedeutet, dass diese Komponenten bereits über 25 Jahre alt sind. Die Wartung und Konservierung wurde laut UVE durch die Liefer- und Konstruktionsfirmen durchgeführt und fand erst ab 2000 unter der Aufsicht der Atomaufsichtsbehörde statt. Besonders im Hinblick auf die geplante längere Betriebsdauer der Anlage von 40 Jahren erhebt sich die Frage, ob die Anlagenteile, für welche die Alterung bereits eingesetzt hat, einer umfassenden Überprüfung und Dokumentation ihrer einwandfreien Funktionstüchtigkeit unterzogen werden und ob ein entsprechendes Alterungsmanagement-Programm vorgesehen wird.

Hochenergetische Leitungen:

Die Führung der hochenergetischen Leitungen verläuft zum Teil ohne räumliche Trennung parallel. Es wird in der UVE nicht darauf eingegangen, welche Maßnahmen vorgesehen sind, um zu verhindern, dass im Falle des Bruchs einer Leitung andere Leitungen beschädigt werden.

Brandschutz:

Zum Brandschutz wird in der UVE nur die kurze Aussage getätigt, dass dafür wesentliche Verbesserungen vorgesehen sind. Die Nachrüstung betrifft offensichtlich nur aktive Systeme, auf passive Brandschutzmaßnahmen und die Behebung auslegungsbedingter Defizite wird nicht eingegangen.

Elektrische Leistung:

Nach wie vor wird eine elektrische Bruttoleistung angegeben, die mit 471 MW je Block über der ursprünglich vorgesehenen Leistung von 440 MW liegt. Es stellt sich die Frage, welche Leistung Basis der Betriebsbewilligung ist und ob die elektrische Anlage für die höhere Leistung ausgelegt wird oder ursprünglich vorhandene Sicherheitsreserven ausgenützt werden.

Endlager:

Bezüglich der Lagerung des abgebrannten Kernbrennstoffs wird in der UVE ausführlich auf die Zwischenlagerung eingegangen, hinsichtlich der Endlagerung wird auf das nationale Entwicklungsprogramm für ein geologisches Endlager verwiesen, für das eine neu gegründete staatliche Agentur zuständig ist. Allerdings wird auch an die Möglichkeit gedacht, den abgebrannten Kernbrennstoff ins Ausland zu transportieren. Da damit das Problem noch nicht geklärt ist, wird auch die Betrachtung eines wesentlichen Teils der Umweltauswirkungen des Vorhabens in die Zukunft verschoben.

Das Land Niederösterreich sieht in der Atomkraft eine Technologie, die nicht nachhaltig ist und mit einem hohen Risiko und Problemen für die Zukunft verbunden ist. Die in der vorliegenden UVE vertretene Ansicht, dass selbst bei einem schweren Unfall im Kernkraftwerk Mochovce keine grenzüberschreitenden Auswirkungen zu erwarten sind beziehungsweise, dass solche Unfälle gar nicht auftreten können, ist nicht nachvollziehbar und wird entschieden abgelehnt. Niederösterreich bekräftigt seine generelle ablehnende Haltung zur Nutzung der Kernkraft und damit auch zur Fertigstellung der Blöcke 3 und 4 des Kernkraftwerks Mochovce, die trotz aller Modernisierungs- und Verbesserungsmaßnahmen auf einem mehr als 30 Jahre alten Grundkonzept basieren.

2)

Europaweit sind zahlreiche AKW-Projekte geplant:

Dukovany (CZ), Temelin 3 & 4 (CZ), Paks (HU), Penly (F), Kaliningrad, drei neue Reaktoren in der Schweiz, ein erstes AKW in Weißrussland, dazu der Wunsch nach Verlängerung der Laufzeit fast aller derzeit aktiver AKWs.

Wie die Probleme im deutschen Endlager Asse gezeigt haben, ist die Frage der Endlagerung der radioaktiven Abfälle nach wie vor weltweit nicht gelöst. Aber auch die Rohstoffbeschaffung (Uranabbau, z.B. in Tschechien) bereitet massive Umweltprobleme.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, zur Wahrung der österreichischen Interessen und zum Schutz der niederösterreichischen Bevölkerung

zu 1)

1. bei der slowakischen Regierung darauf zu drängen, dass die Ergebnisse der Konsultationen und Expertengespräche im Rahmen des grenzüberschreitenden UVP-Verfahrens für den Ausbau des Kernkraftwerks Mochovce Block 3 und 4 in die UVP-Entscheidung einfließen und auch im atomrechtlichen Verfahren umfassend berücksichtigt werden.
2. der Wiederaufnahme der Bauarbeiten für die veralteten Reaktorblöcke 3 und 4 in Mochovce sowohl auf bilateraler als auch auf der Ebene der Europäischen Union energisch entgegenzutreten.
3. alle bilateralen und diplomatischen Möglichkeiten, insbesondere mit Italien und der Slowakei, zu nützen, um die Bedenken und Sorgen betreffend die Ausbaupläne des Atomkraftwerks Mochovce zu deponieren,

4. alle rechtlichen Schritte zu prüfen, um zu erreichen, dass das UVP-Verfahren EU-konform umgesetzt wird, da es berechtigten Anlass zur Sorge gibt, dass dies nicht der Fall ist.

zu 2)

1. sich weiterhin an sämtlichen grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren zu beteiligen und die Berücksichtigung der österreichischen Einwendungen einzufordern,
2. sich für eine Verbesserung der Europäischen Vorschriften bezüglich der Sicherheit von Atomkraftanlagen (Sicherheitsrichtlinie) und der Haftung bei Nuklearunfällen (Pariser und Wiener Verträge) einzusetzen. Dafür sind verstärkt Partnerschaften mit anderen AKW-freien Staaten der EU zu suchen,
3. im EU-Ministerrat gegen weitere Förderungen der Atomenergie aufzutreten – wie z.B. gegen die geplante „Verschrottungsprämie“, falls sie für die Abschaltung von Alt-AKW nach Ablauf der vorgesehenen Betriebsdauer gewährt werden soll, die Ausnahme des Uranabbaus aus dem Emissionshandel oder auch die angedachte Aufstockung der Euratom-Forschungsmittel für den Neubau von AKWs,
4. sich dafür einzusetzen, dass zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie eine transparente Abwicklung des Handels mit Stromzertifikaten (RECs) und Herkunftsnachweisen inklusive deren Entwertung verstärkt wird und auf den Stromrechnungen der Ausweis eines Produktmixes weiterhin möglich ist,
5. Stromeffizienz- und Stromsparprogramme für den privaten Bereich und auch für die Wirtschaft zu starten und den Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung mit dem Ziel zu forcieren, Österreichs Strombedarf in absehbarer Zeit durch inländische Erzeugungskapazitäten zu decken und unabhängig von Importen zu machen,
6. für eine nachhaltige Endlagerung des österreichischen radioaktiven Abfalls Sorge zu tragen,
7. in der Frage von geplanten europäischen Endlagerstätten (Schweiz, Tschechien) darauf zu drängen, dass die Entscheidungen transparent und nachvollziehbar erfolgen und nicht aufgrund des geringsten zu erwartenden Widerstands (Situierung in Nationalparkgebieten oder Militärzonen in Tschechien),

8. von der tschechischen Regierung Aufklärung darüber zu fordern, wie weit der Stand der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle tatsächlich fortgeschritten ist und ob ein solches Lager in Nähe der österreichischen Grenze errichtet werden soll,
9. diplomatische Schritte zu veranlassen, um gegenüber der tschechischen Regierung die strikte Ablehnung eines Endlagers in Nähe der österreichischen Grenze zu bekräftigen.

Weiters wird auch die Niederösterreichische Landesregierung aufgefordert, zum Schutz der NÖ Bevölkerung vor den Gefahren der Atomkraft,

1. sich in Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren zu europäischen AKW-Projekten einzubringen und die Berücksichtigung der niederösterreichischen Stellungnahmen einzufordern,
2. sich bei internationalen Konferenzen, insbesondere im Europäischen Rat der Regionen, für eine Verbesserung der Haftungsregelungen und der Sicherheitsrichtlinien der Europäischen Union einzusetzen,
3. im eigenen Einflussbereich (Mehrheitseigentümerschaft an der EVN) weiterhin auf eine transparente Abwicklung des Handels mit Herkunftsnachweisen und Stromzertifikaten (RECs) inklusive deren Entwertung zu setzen,
4. Stromeffizienz- und Stromsparprogramme für den privaten Bereich und auch für die Wirtschaft zu starten und den Ausbau erneuerbarer Stromerzeugung mit dem Ziel zu forcieren, den niederösterreichischen Strombedarf in absehbarer Zeit durch erneuerbaren Strom zu decken.